

Mit einem Betrag von einer Milliarde Euro wird die **Österreichische Volksbank AG (ÖVAG)**, Wien, in Form von Genussrechten vom Staat gestützt. Für das Geschäftsjahr 2008 hat das Institut einen Verlust von rund 400 Millionen Euro vor Steuern ausgewiesen. Das Jahresergebnis des Instituts, an dem die Frankfurter **DZ Bank AG** mit 25 Prozent plus eine Aktie beteiligt ist, war dabei insbesondere durch das Ergebnis der Tochter **Kommunalkredit** belastet, die im November vergangenen Jahres in einer ersten Stützungsaktion für einen Euro an den Staat verkauft wurde.

Noch vor dem Sommer dieses Jahres soll die Komplettübernahme des Joint Ventures **Intesa Vita** durch die italienische Großbank **Intesa Sanpaolo** stattfinden. Gegenwärtig wird der Lebensversicherer paritätisch mit **Alleanza Assicurazioni**, einer Generali-Tochter, geführt. Durch die Ausübung einer Verkaufsoption will der Versicherungskonzern zwischen 600 und 700 Millionen Euro einnehmen.

Nach der Eröffnung einer Repräsentanz in St. Moritz im Januar dieses Jahres betreut die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, ihre vermögenden Schweizer Privatkunden ab Juni 2009 komplett unter dem eigenen Namen. Dazu wird die Züricher Privatbank **Rüd, Blass & Cie AG**, eine 100-prozentige Tochter der Deutsche Bank (Schweiz) AG, vollständig in die Muttergesellschaft integriert. Für die Betreuung der inländischen Kunden von Rüd, Blass & Cie wird in der Deutschen Bank ein neuer Bereich Private Wealth Management Schweiz (PWM Schweiz) geschaffen. Der Name des schweizerischen Instituts soll als Beratungsmarke sowie auch im hauseigenen Immobilienfonds-Index sowie einem Immobilien-Dachfonds erhalten bleiben.

Die Übernahme des Depotservice-Dienstleisters **Ebase European Bank for Fund Services GmbH**, Haar, hat die **Comdirect Bank AG**, Quickborn, mit deren bisherigem Eigentümer, der **Commerz Asset Management Holding GmbH**, Frankfurt am Main, vereinbart. Auf 24,9 Millionen Euro wird der Kaufpreis der Transaktion beziffert, die noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bonn, steht.

Ein Memorandum of Understanding über die Verarbeitung des Zahlungsverkehrs zwischen den USA und Europa haben die

7. April 2009 bis 22. April 2009

US-amerikanischen **Federal Reserve Banks** und der Dienstleister **Equens** unterzeichnet. Ab Anfang 2010 wollen beide Partner eine Möglichkeit zur Abwicklung grenzüberschreitender Zahlungen in verschiedenen Währungen einschließlich US-Dollar und Euro anbieten. Sowohl die Federal Reserve Banks als auch Equens gehören dem **International Payments Framework (IPF)** an, bei dem öffentliche und private Anbieter in Afrika, Europa sowie Nord- und Südamerika zusammenarbeiten. Equens verarbeitet derzeit grenzüberschreitende Zahlungen in verschiedenen Währungen für die genossenschaftliche **DZ Bank AG**, Frankfurt am Main.

Ihr unter dem Namen **I-Shares** laufendes Geschäft mit börsennotierten Indexfonds (ETF), verkauft die britische Großbank **Barclays** für 4,4 Milliarden US-Dollar an die Private-Equity-Firma **CVC Capital Partners**. Damit will die Bank ihre Kapitalbasis stärken und weiterhin eine (Teil-)Verstaatlichung vermeiden. I-Shares, die im Jahr 2006 für 240 Millionen Euro die damalige Hypovereinsbank-Tochter Indexchange erworben hatte, bietet rund 360 ETF an. Die Gesellschaft betreute nach eigenen Angaben per Ende 2008 insgesamt etwa 325 Milliarden US-Dollar an Anlegergeldern, rund 39 Milliarden Euro entfallen davon auf Europa.

Die **Mannheimer AG Holding** kauft die **Mannheimer Krankenversicherung AG (MKV)** von der **Uniq International Beteiligungs-Verwaltungs GmbH**, Wien, zurück. Nach der Übernahme soll das Unternehmen wieder in den Mannheimer Konzern integriert werden. Der Kaufpreis wird auf 23 Millionen Euro beziffert. Im Jahr 2004 hatte die österreichische Gesellschaft die MKV im Rahmen der Übernahme der Mannheimer Gruppe erworben.

Für eine Summe von 1,9 Milliarden US-Dollar übernimmt die schweizerische Versicherungsgruppe **Zurich** das US-amerikanische Geschäft des zusammengebrochenen Versicherers **AIG American International Group** für Privatwagenversicherungen. Die Sparte **US Personal Auto**

Group geht vollständig an den Züricher Versicherer über, der zur Finanzierung Mitte April dieses Jahres eine Aktienplatzierung in Höhe von 1,26 Milliarden US-Dollar durchgeführt hatte.

Ihr unter **UBS Pactual** firmierendes Geschäft in Brasilien verkauft die schweizerische Großbank **UBS** an **BTG Investments**, eine vom vormaligen Miteigentümer des 2006 vom Züricher Bankhaus erworbenen **Banco Pactual** geführte Gesellschaft. Der Kaufpreis wird auf rund 2,5 Milliarden US-Dollar beziffert.

Aus dem bisher gemeinsam betriebenen Autoversicherer **Direct Line Insurance Group** kauft die spanische **Bankinter** die Anteile der sich gegenwärtig im Staatsbesitz befindlichen **Royal Bank of Scotland (RBS)** heraus. Der Kaufpreis für die Hälfte der Anteile wurde auf rund 430 Millionen Euro beziffert.

Eine neue **Expertengruppe für den Zahlungsverkehrsmarkt** (Payment Systems Market Expert Group, PSMEG) hat die Brüsseler **EU-Kommission** eingesetzt. Dem Gremium gehören 50 Mitglieder an, die vorwiegend aus der Finanzindustrie stammen. Ziel ist es, weitere Initiativen zum EU-Zahlungsverkehr (Single European Payment Area, Sepa) zu starten. Den Vorsitz der Gruppe übernimmt die EU-Behörde.

Bis Mitte Mai dieses Jahres will die **Bundesregierung** eine Lösung zur Bereinigung der Bankbilanzen von **toxischen Wertpapieren** vorlegen. Dazu soll eine Arbeitsgruppe zunächst zwei Modelle des Finanzministeriums zur Auslagerung der entsprechenden Risikoaktiva in **institutspezifische Bad Banks** weiterentwickeln. Die Gesetzgebung soll noch in der laufenden Legislaturperiode vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

Ende April 2009 hat das **EU-Parlament** die Registrierungspflicht und die Überwachung von **Ratingagenturen** beschlossen. Letztere dürfen künftig keine Beratungsdienstleistungen für Unternehmen erbringen, für die sie Beurteilungen erstellen oder an denen sie finanziell beteiligt sind. Nach der Zustimmung der Mitgliedsstaaten ist die Verordnung bindend. Demnach müssen Bonitätsprüfer künftig ihre Modelle, Methoden und grundlegenden Annahmen, auf die die Ratings aufbauen, und einen jährlichen Transparenzbericht veröffentlichen. ■■■■■